

## Liebe Sontheimerinnen und Sontheimer,



am 14. März ist Landtagswahl. Es ist bereits die dritte Landtagswahl, der ich mich als Kandidat für den Wahlkreis Heidenheim stelle.



Wir sind schon mitten drin im Wahlkampf. Doch ist es dieses Mal eine außergewöhnliche Wahl, und es ist auch ein ganz und gar außergewöhnlicher Wahlkampf. Normalerweise wäre jetzt die Zeit der vielen Wahlkampfveranstaltungen, der Podiumsdiskussionen, der Gespräche, des Austauschs, der Begegnungen. Doch durch die Corona-Pandemie sind die persönlichen Kontakte nun weitestgehend eingeschränkt, und wir müssen versuchen, die Menschen auf andere Weise zu erreichen, um unsere Ziele vorzustellen. Und ich glaube, das ist uns mit modernen digitalen Formaten und durch eine stärkere Präsenz in den sozialen Netzwerken gelungen.

Unser Wahlprogramm **DAS WICHTIGE JETZT** ist die Ansage an die Menschen in Baden-Württemberg, dass mitten in einer Pandemie keine Zeit ist für das ewige Hin und Her einer Landesregierung, die sich seit Jahren gegenseitig Steine in den Weg legt. Es ist zu viel liegengeblieben unter Grün-Schwarz. Wir brauchen einen Innovationsschub und neue Impulse. Wer weitere fünf Jahre Stillstand verhindern will, muss SPD wählen.

Wir fordern **DAS WICHTIGE JETZT**:

- Wir wollen **Arbeit sichern** und den Wandel gestalten – hin zu einer nachhaltigen, sozial gerechteren Wirtschaft.
- Wir wollen **gute und kostenfreie Bildung**.
- Wir wollen in **Gesundheit und Pflege** den Menschen in den Mittelpunkt stellen – nicht den Gewinn.
- Wir wollen **bezahlbaren Wohnraum** für alle im Land.
- Wir wollen **echten Klimaschutz**.

Ich trete als Kandidat für Ihren Wahlkreis und als Spitzenkandidat der SPD im Land an und bitte um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme. Denn spätestens die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein aktiver und handlungsfähiger Staat ist. Die SPD kämpft seit jeher für einen starken Staat und ebenso für Solidarität und Chancengleichheit.

**Wenn auch Ihnen diese Werte am Herzen liegen, wählen Sie am 14. März die SPD!**

**Ihr Andreas Stoch**

## Das war keine Heldentat!



Vor einigen Wochen lasen wir von Schmierereien und Beschädigungen am hiesigen Türkischen Kulturzentrum. Um es gleich vorweg zu sagen: Sowohl unserer Gemeinde als auch den christlichen Kirchen am Ort haben die Täter einen schlechten Dienst erwiesen. Solche Aktionen sind unterstes Niveau und kein Anlass, darauf stolz zu sein.

Falls die Aufschriften „Gott“ und „Jesus“ tatsächlich aus religiösen Gründen gemacht wurden, was ich jedoch gar nicht glaube, so empfehle ich dem Schreiber, einmal seine Bibel (falls er eine besitzt) – vor allem das Neue Testament – gründlich zu lesen. Den christlichen Glauben als Grund für schändliche Taten vorzuschieben, war schon immer üblich, wird aber durch Wiederholung nicht besser.

Überlegt man sich einmal, dass hunderttausende Menschen in der Türkei Urlaub machen und begeistert von der dortigen Gastfreundschaft zurückkehren, und wenn man weiter überlegt, dass wir in Sontheim seit Jahrzehnten in guter Nachbarschaft mit unseren türkischen Mitbürgern leben, so würde mich der wahre Grund für die Untaten schon interessieren. Vielleicht kann man ja einmal sachlich über diese Beweggründe reden, ohne Fenster zu zerschlagen oder ein Gebäude zu beschmieren. Dies wäre sicher einem humanen Miteinander wesentlich zuträglicher.



### Vor 50 Jahren...

..... genau am 30. März 1971, wurde im ehemaligen Sontheimer Gasthaus „Rössle“ der **SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz** gegründet.

Wegen der derzeitigen Corona-Pandemie muss jedoch eine diesbezügliche Jubiläumsfeier und ein Rückblick auf fünf Jahrzehnte SPD-Geschichte in unserer Gemeinde auf einen späteren Termin verlegt werden.

### Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,

am 14. März wird's sich's zoiga, wer oser Schwabäländle en de kommende feif Jaohr regiirt. Dass des weiter de Greane mit de Schwarze zamma sei werrat, hält dr alt Osiander für eher o'wahrscheinlich. Zu arg hant sich nämlich dia zwoi Parteia bei dr Regierongsarbet misstraut ond oft gegaseitig blockiert.

Kretschmann oder Eisenmann hoißt drom desmaol des Duell zwischa zwoi recht unterscheidliche Persona, dia em Ländle an dr Spitze standa möchtat. Bei boide Kandidata isch's mir aber offa g'sagt et so ganz wohl.



Dr oi isch scho seit zeha Jaohr an dr Macht, mittlerweile a weng langsam ond bräsig, ond viele (selbst aus de oigane Roiha) fendat an zunehmend konservativer ond a bissle altbacka mit seine A'sichta. De ander aber isch oft arg forsch, ond se macht et grad da sympathischsta Ei'druck. Ond ihra Tätigkeit als Kultusminischtre wird von de moische Bildongsexperta, Lehrer, Eltra ond Schüaler wenig g'lobt, eher viel kritisiert. Ob's dui Frau als Regierongschefin besser macha dät wia dr Kretschmann, isch doch recht zweifelhaft. Dr Osiander jedafalls ka se sich schlecht als zukenftiga „Landesmutter“ vorstella.

Em Gegasatz zu deane zwoi dät dr SPD-Kandidat Stoch bestemmt a bessra Figur als Minischterpräsident abgeba – aber de moische bada-württembergische Wählerenna ond Wähler deant sich halt fürchterlich schwer drmit, an Sozialdemokrata zom wähla, ao wenn er no so tüchtig isch. Dass sich des irgendwann vielleicht doch amao no ändert, hofft zuaversichtlich

dr alt

## Von Gemeinderat Dominic Weiss

### Sitzung vom 17.11.2020

Dem Gemeinderat wurden verschiedene Möglichkeiten für die Erschließung des Baugebiets „Weiherbraike II“ vorgestellt. Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile hat sich der Gemeinderat einstimmig für eine Variante ausgesprochen.

Im Rahmen eines zu erstellenden Radverkehrskonzeptes hat sich der Gemeinderat einstimmig für die Variante entschieden, welche die Anbindung des Oberen Bogens durch eine Brücke über die Brenz vorsieht.

Der Bauplatzpreis für den Abschluss des Oberen Bogens (4 Bauplätze) wurde auf 125 €/m<sup>2</sup> festgelegt.

Um neue Bauplätze im Ortsteil Bergenweiler zu schaffen, wurde die Beauftragung des Ingenieurbüros Gansloser mit den Ingenieurleistungen für das Baugebiet Watzelsdorfer Straße III einstimmig beschlossen.

### Sitzung vom 15.12.2020

Der Gemeinderat beschloss eine Anpassung der Hauptsatzung. Unter bestimmten Voraussetzungen ist es nun möglich, Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit im Sitzungssaal (eine Videositzung) durchzuführen. Mehrheitlich beschloss der Gemeinderat eine Erhöhung der Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeiten um 2,50 € pro Stunde.

Der Haushaltsplan für 2021 wurde eingebracht und die Wirtschaftspläne 2021 für die Eigenbetriebe Wasserversorgung und Entwässerung wurden vorgestellt.

Einstimmig wurde dem Verkauf der letzten zwei Bauplätze im Baugebiet „Watzelsdorfer Straße II“ zugestimmt.

### Sitzung vom 26.1.2021

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Ausstattung der AES-Räume der Schule mit Schulmöbeln der Firma ASS-Einrichtungssysteme zu einem Bruttoangebotspreis von 20.971,37 €. Auch die gestaffelte Beschaffung der Möblierung der Grundschulräume bis ins Jahr 2025 wurde an die Firma ASS-Einrichtungssysteme zu einem Bruttoangebotspreis von ca. 133.000 € vergeben.

Mit mehrheitlichem Beschluss entschied sich der Gemeinderat für die Beauftragung eines Projektsteuerers für die Innensanierung der Schule.

Gemeinsam mit Kämmerer Andreas Schmid wurden der Haushaltsplan der Gemeinde und die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe beraten.

## Kurz und knapp



aus dem Gemeinderat



## Von Richard Fussenecker

# Schäden auf den Gehwegen der Schillerstraße



Vor etwa 25 Jahren wurde die Schillerstraße im Rahmen der Erschließung des Baugebietes Au bis zur Einmündung in den Krautgartenweg erweitert.



Foto: Richard Fussenecker

Da es zum einen eine Entlastungstrasse für die Hauptstraße, zum anderen aber auch eine schöne Straße durch das neue Wohngebiet werden sollte, hat die Gemeinde damals beschlossen, die Erweiterung als **Allee mit vielen Bäumen zu gestalten**.

Leider ist durch diese Entscheidung ein gewisser Aufwand zu betreiben, weil die Bäume mit ihren Wurzeln zum Teil erhebliche Schäden anrichten. **So haben sich fast entlang der gesamten Straße auf den Gehwegen Erhebungen gebildet, die zu richtigen Stolperfallen geworden sind.**

Im Bereich des Gebäudes der Hausgemeinschaften Sontheim wurden die Mängel im Herbst 2020 beseitigt. Dort ist es mittlerweile wieder möglich, gefahrlos die Fußwege zu benutzen.

Leider sind bis heute die Schäden am anderen Ende der Schillerstraße noch nicht repariert worden, obwohl dort echte Gefahrenstellen sind, die vor allem bei Dunkelheit nicht erkannt werden (die befinden sich an Stellen, die nur gering beleuchtet sind).

**Es wäre wirklich anzuraten, diese Schäden umgehend zu beseitigen, bevor jemand zu Schaden kommt.**

## Im letzten Jahr wurde im Bund viel erreicht



2020 war ein schwieriges Jahr. Fast vergisst man, was politisch trotz dieser alles überschattenden Pandemie alles erreicht wurde. Der Soli wurde für neunzig Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abgeschafft, nur die reichsten zehn Prozent zahlen ihn weiter. Mit dem Bundeshaushalt 2021 federn wir nicht nur die Pandemie ab, sondern investieren kräftig in unsere Zukunft: in die Förderung strukturschwacher Regionen und in zukunftsfähige Arbeitsplätze. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz schreibt konkrete Ziele für die Energiewende gesetzlich fest. Kinderrechte stehen hoffentlich bald im Grundgesetz, und Eltern von Frühchen haben nun eine Sorge weniger: Die Koalition hat auf Drängen der SPD ein Gesetz verabschiedet, das die Elternzeit bei zu früh geborenen Kindern um bis zu vier Monate verlängert.

### Im Folgenden möchte ich Ihnen zwei neue Gesetze vorstellen, die wichtige Verbesserungen bringen:

Als SPD freut uns ein sozialpolitischer Meilenstein, der 2020 endlich erreicht wurde. Die **Grundrente** kommt und ist ein großer Schritt im Kampf gegen Altersarmut. Sie trat zum **1. Januar 2021 in Kraft** und kommt Rentnern und Rentnerinnen zugute, die mindestens 35 Jahre lang gearbeitet und weniger als 80% des Durchschnittseinkommens verdient haben.

**Die Grundrente muss nicht beantragt werden, weil die Rentenversicherung automatisch prüft, ob ein Anspruch besteht**

Besonders Frauen, die überdurchschnittlich oft von Altersarmut betroffen sind, profitieren. Weil Kindererziehung und Pflegezeiten angerechnet werden, sind unter den Grundrentenberechtigten 70% Frauen. Damit würdigen wir ihren unersetzbaren Beitrag durch (meist unbezahlte) Sozialarbeit. Unser Wirtschafts- und Sozialsystem wäre ohne Frauen nicht denkbar. Von der Grundrente werden nicht nur Rentner und Rentnerinnen in der Zukunft profitieren, sondern auch alle, die jetzt schon in Rente sind. Bürokratische Hürden wurden vermieden.

Der Zuschuss wird dann einfach auf die jetzige Rente aufgerechnet und kann sich auf mehrere hundert Euro pro Monat belaufen – der Unterschied zwischen einer sicheren Altersvorsorge und einer prekären Zukunft. Die ersten Auszahlungen beginnen im Sommer und sind auf jeden Fall rückwirkend ab Januar.

### Zu den Bedingungen in der Fleischindustrie

Durch Corona-Ausbrüche in Schlachthöfen im gesamten Bundesgebiet gelangten die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen der Schlachthofmitarbeiter in den Fokus der Öffentlichkeit. Dumpinglöhne, fehlende Schutzausrüstung und die Unterbringung in beengten Gemeinschaftsunterkünften, die als Grund für die schnelle Ausbreitung des Virus ausgemacht wurden, sind in der gesamten Branche ein Problem.

Zwar gilt auch für Schlachter und Zerleger der deutsche Mindestlohn von 9,35 Euro pro Stunde, jedoch sind laut Angaben der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe mehr als zwei Drittel der Beschäftigten über Werk- und Leiharbeiterverträge angestellt. **Das bedeutet, dass sie eigentlich für Subunternehmer arbeiten, die sich nicht an deutsche Standards halten und die Beschäftigten nicht nur miserabel bezahlen, sondern auch zu 16-Stunden-Schichten zwingen können.** Weil die Beschäftigten oft aus Osteuropa oder Afrika stammen und sich aufgrund schlechter Deutschkenntnisse ihrer Rechte nicht bewusst sind, können sie dieser Behandlung wenig entgegenhalten. Im Gegensatz zu Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner finden wir von der SPD nicht, dass es sich bei den regelmäßigen Verstößen nur um wenige „schwarze Schafe“ handelt. Inzwischen konnten wir sogar die Union überzeugen. Das Arbeitsschutzkontrollgesetz von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil legt bundesweit einheitliche Maßstäbe für Betriebskontrollen fest, verdoppelt Bußgelder bei Verstößen gegen Arbeitszeitregelungen und führt die manipulationssichere elektronische Arbeitszeitdokumentation ein. Die Mindestanforderungen für Gemeinschaftsunterkünfte werden angehoben. Die wichtigste Neuerung betrifft jedoch das **Verbot von Leiharbeit**: Bei der Schlachtung und der Fleischzerlegung dürfen künftig nur noch Angestellte des eigenen Unternehmens eingesetzt werden, in anderen Bereichen dürfen Leiharbeiter nur noch acht Prozent der Stammbeslegschaft ausmachen. Nach Jahren voller kosmetischer Korrekturen sorgt dieses Gesetz nun für echte Veränderung in einer schwierigen Branche.

**In diesem Sinne schaue ich voller Zuversicht in dieses neue Jahr und wünsche auch Ihnen viel Kraft und Mut für die kommenden Monate – und bleiben Sie gesund!**

**Ihre Bundestagsabgeordnete  
Leni Breymaier**

# Probleme und Ungerechtigkeiten bei Corona-Pandemie

In den vergangenen Monaten wurde viel darüber diskutiert, ob Einschränkungen und Verbote, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie erlassen wurden, gerechtfertigt und sinnvoll sind oder nicht. Viele unterschiedliche Regelungen in den verschiedenen deutschen Bundesländern erschweren oft die Übersicht, und die Menschen wissen manchmal kaum mehr, was sie noch dürfen bzw. was alles verboten ist. Dies führt dann schnell zu Unzufriedenheit und zur Missachtung von Vorschriften. Bei fast allen Verboten kann es Probleme geben, für welche die Mehrheit der Bevölkerung kein Verständnis aufbringt. Dass Schulen geschlossen werden, Firmen mit vielen Beschäftigten aber weiterarbeiten dürfen, ist für viele Leute nicht logisch. Dass Profifußballer spielen dürfen, Amateure aber nicht, empfinden viele als ungerecht.

Wir sehen es z.B. auch nicht als gerecht an, wenn Baumärkte, Blumenläden, Spielwaren-, Kleider- und Schuhgeschäfte geschlossen sein müssen, während in Supermärkten nach wie vor entsprechende Waren (wie etwa Blumen, Handwerkszeug, Kleider oder Spiele) verkauft werden dürfen. Viele Geschäftsleute leiden an dieser Ungleichbehandlung. Sie und vor allem Gastronomiebetriebe und Tourismusbüros sind die Verlierer bei dieser Krise. Deshalb ist es richtig, wenn ihnen Finanzminister Olaf Scholz mit entsprechenden Finanzhilfen beispringt.

Es gibt allerdings auch Gewinner bei dieser Pandemie: Dazu zählen der stark zunehmende Online-Handel sowie diverse Paketdienste wie z.B. Amazon. Dies halten wir aus vielerlei Gründen für keine gute Entwicklung.

## Unterschiede zwischen Diktaturen und Demokratien

Es ist natürlich keine Frage, dass es in diktatorischen Staaten (wie z.B. China) einfacher ist, Einschränkungen, Ausgangssperren oder sogar Abriegelungen ganzer Regionen durchzusetzen als in Demokratien. Denn in Diktaturen kann von der Bevölkerung so gut wie nichts in Frage gestellt werden, und eine unabhängige Rechtsprechung gibt es nicht. Deshalb sollten wir froh sein, in einer Demokratie zu leben – auch wenn sich hier die Bekämpfung einer Pandemie schwieriger gestaltet. Bei uns müssen sich Bürgerinnen und Bürger nicht alles gefallen lassen. Sie können sogar gegen einzelne Maßnahmen und Verbote juristisch vorgehen, wenn sie Bürger- und Grundrechte einschränken oder gar außer Kraft setzen.

## Die richtigen Politiker sind gefragt

Bei der ganzen Krise sind mehr denn je kluge, weit-sichtige und sozial eingestellte Politiker gefragt, die ein Gespür für Gerechtigkeit und Fairness haben. Sie sollten das Pandemie-Geschehen ständig im Auge haben und bei Bedarf schnell mit entsprechenden Einschränkungen oder Lockerungen reagieren. Dabei ist es wichtig, die Bevölkerung immer gut zu informieren, um Verständnis für alle Maßnahmen zu wecken. Das-selbe gilt auch, wenn es darum geht, die Impfbereit-schaft bei der Bevölkerung zu fördern.

Trotz aller Probleme bleibt natürlich sehr zu hoffen, dass durch die getroffenen Maßnahmen sowie durch die nun angelaufenen Impfungen die Pandemie im Laufe dieses Jahres besiegt werden kann, damit wieder ein normales gesellschaftliches, öffentliches und privates Leben in unserem Land möglich wird.



# Erderwärmung und Klimawandel sind Tatsachen

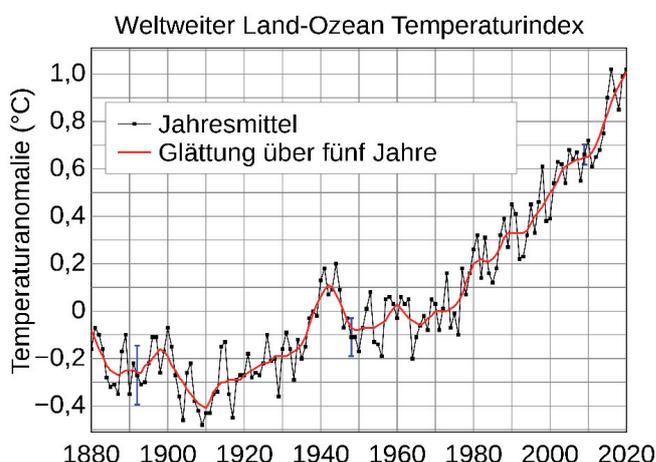
Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes (DWD) war das vergangene Jahr 2020 das zweitwärmste Jahr in Deutschland seit Messbeginn im Jahr 1881. Fast alle Wärmerekordjahre finden sich übrigens im jetzigen 21. Jahrhundert, was wohl kein Zufall ist.

**Das EU-Institut „Copernicus Climate Change Service“ (Copernicus Klimawandel-Dienst) teilte kürzlich mit, dass 2020 das wärmste Jahr seit 1950 war.** Seitdem werden von diesem Institut Wetterdaten ausgewertet, die von Ballons, Flugzeugen, Satelliten und Bodenstationen gesammelt werden.

Dass die weltweite Erderwärmung schon längere Zeit anhält, kann z.B. auch am stetigen **Abschmelzen der Gletscher in den Alpen und auf Grönland sowie an der abnehmenden Eiskappe in der Arktis** beobachtet werden.

Deshalb ist es für mich völlig unverständlich, dass es neben dem abgewählten US-Präsidenten Trump und etlichen AfD-Politikern noch immer Menschen gibt, die

eine Erderwärmung und den dadurch verursachten Klimawandel mit all seinen negativen Folgen einfach nicht wahrhaben wollen.



Von NASA Goddard Institute for Space Studies - [https://data.giss.nasa.gov/gistemp/graphs\\_v4/](https://data.giss.nasa.gov/gistemp/graphs_v4/), Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index>.

# Umstellung von der kameralen in die doppische Haushaltsführung der Gemeinde



Bereits im April 2009 hat der baden-württembergische Landtag im Rahmen der Reform des Gemeindehaushaltsrechtes die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens NKHR, die „Kommunale Doppik“, beschlossen.

Mit der Einführung des NKHR geht die Ära der Kameralistik, einer zahlungsorientierten Darstellungsform, in der im Wesentlichen „nur“ Geldflüsse betrachtet werden, auf die Veranschlagung und Buchung des Ressourcenverbrauchs (Aufwand und Ertrag) sowie der Zahlungsvorgänge (Auszahlungen und Einzahlungen) in ein doppisches Rechnungswesen über. Bis zum Jahr 2018 sollte diese Umstellung in allen Gemeinden des Landes Baden-Württemberg erfolgt sein. Nun hat die Gemeinde Sontheim den zweiten Haushaltsplan im „doppischen“ System auf den Weg gebracht.

Laut dem Innenministerium „...erhalten die Kommunen betriebswirtschaftliche Instrumente, die die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für Kommunalpolitiker und Verwaltungen verbessern und zugleich die Transparenz des Haushaltsgeschehens auch für die Bürger erhöhen. Möglich werden eine ergebnisorientierte und nachhaltige Steuerung der kommunalen Leistungen und ihrer Finanzierung sowie eine Stärkung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns in den Kommunalverwaltungen..“.

Um das vorwegzunehmen: Ich selbst bin nach annähernd 30 Jahren Kameralistik in der Kommunalverwaltung noch weit davon entfernt, unseren neuen doppischen Haushalt im Detail zu erfassen. Manch spitzer Zeitgenosse hat es mit dem Satz auf den Punkt gebracht, ohne Jemanden zu nahe treten zu wollen: „Früher hatten sich mindestens zwei im Haushaltsrecht und –plan ausgekannt, das waren der Bürgermeister und sein Kämmerer. Jetzt kennt sich nur noch einer aus: Der Kämmerer! Dieser Satz umschreibt schon, mit welchem Engagement der einzelne Gemeinderat an diese Sache herangehen muss.“

## Vermögensbewertung und Abschreibung

Infolge der Vermögensbewertung spielen nun die Abschreibungen mit verschiedensten Laufzeiten eine wesentliche Rolle. Sämtliches Hab und Gut der Gemeinde muss einzeln erfasst und als Anlagevermögen in die Bilanz aufgenommen werden. Dies gilt für jegliches Vermögen ab einem Wert von 410 Euro. Eine Herkulesaufgabe für jeden gewissenhaften Kämmerer.

Ein weiterer Punkt, der nun eine große Rolle spielen wird, sind die Regelabschreibungen von großen Vermögenswerten. Wird eine Halle, ein Feuerwehrhaus oder eine Schule gebaut, müssen entsprechende Abschreibungen, die von jetzt an eigenständig erwirtschaftet werden, ihre Berücksichtigung finden. Bei einer Investitionssumme von 10 Mio. Euro und einer Nutzungsdauer von 50 Jahren bedeutet

dies beispielsweise eine jährlich zu erwirtschaftende Abschreibung in Höhe von 200.000 Euro über die gesamte Laufzeit.

Gefährlich wird's dann, wenn bei Sach- und Dienstleistungen eingespart werden muss, um eine Ergebnisverbesserung bei den Aufwendungen zu erhalten. Dann leben wir sehr schnell von der Substanz.

## Grundidee stammt aus dem Jahr 2003

Die Grundidee dieser Umstellung stammt von einer Innenministerkonferenz aus dem Jahr 2003. Bereits damals wurde beschlossen, bundesweit dieses System einzuführen.

Das sozusagen philosophische Prinzip dahinter ist folgendes: Was von der jetzigen Generation benötigt wird, das soll auch von dieser erwirtschaftet werden. Auf der Homepage des Innenministeriums wird diese Umstellung als „intergenerative Gerechtigkeit“ bezeichnet.

Nach mühevoller und annähernd jahrelanger Arbeit unseres Kämmerers haben wir nun einen (doppischen) Haushaltsplan, der neben dem laufenden Jahr 2021 die Projekte und Ausgaben bis zum Jahr 2024 beinhaltet. Durch handwerkliches Geschick und Finesse konnten in diesem Haushaltsplan alle derzeit angedachten Projekte und Vorhaben, die auch in den Folgejahren eine finanzielle Rolle spielen werden, aufgenommen werden.

## Keine Darlehensaufnahme im Jahr 2021

Das Jahr 2021 wurde sogar ohne Schuldaufnahme „durchfinanziert“. In den Folgejahren ist geplant, trotz der teils sehr hohen Investitionen dem Beschluss des Gemeinderates Rechnung zu tragen, nicht mehr Schulden aufzunehmen, als durch Tilgungen abgebaut werden. Natürlich spielt hier das Jahr 2020 mit seinen teils erheblichen Einschränkungen eine große Rolle. Maßnahmen wurden verschoben und Geld somit nicht ausgegeben. Finanzmittel, aber auch die Projekte wurden somit ins Jahr 2021 übernommen.

Die Entwicklung auf der Ertragsseite wird das spannende Thema sein: In den Folgejahren wird sich das „Coronajahr 2020“ besonders beim Gewerbesteueraufkommen, bei den Finanzausgleichszuweisungen und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer niederschlagen.

Nachdem jetzt die ersten Schritte im neuen Haushaltsrecht getan wurden, sind wir gespannt auf die vollständige Vermögensbewertung und wie sich diese auf das ordentliche Ergebnis unseres Gesamthaushalts niederschlagen wird.

Vom Fraktionsvorsitzenden Reiner Lindenmayer



# Projektsteuerer übernimmt Bauüberwachung

Nach langem Hin und Her und nach zähem Ringen übernimmt nun ein Projektsteuerer die Bauüberwachung bei der Innensanierung unserer Schule. Zu diesem Schritt haben sich der Gemeinderat und die Verwaltung auf Antrag der SPD-Fraktion entschlossen, nachdem es doch zu zahlreichen Verzögerungen in der Baumaßnahme gekommen war. Sanierungsbeginn war immerhin im Mai 2019. (Die Sanierung der Gebäudehülle wurde schon im Jahr 2018 abgeschlossen).



Die notwendigen Sanierungen der GWRRS Sontheim stellen die Gemeindefinanzen immer wieder vor große Herausforderungen. Foto: Madeleine Franz

Zu Beginn des Jahres 2020 forderte insbesondere unsere Fraktion mit einigen weiteren Ratsmitgliedern bereits

einen restriktiven Umgang mit den Auszahlungen, da es schon damals zu Verzögerungen in der baulichen Umsetzung kam. Die im Sommer 2020 durchgeführte Asbest-Sanierung brachte dann vollends den Plan zur Fertigstellung der Schule durcheinander.

Insgesamt wird im ungünstigsten Fall bei dem Projektsteuerer mit einem Stundenaufwand von rund 700 Stunden gerechnet. Stellen wir uns vor, dass diese gewaltige Aufgabe – Überprüfung der Arbeiten in Qualität und Quantität, Koordination der mehr als 25 beteiligten Firmen, Überwachung und Kontrolle des Bauzeitplanes – durch einen Mitarbeiter der Verwaltung getätigt werden müsste, wäre er mehrere Monate allein mit dieser Aufgabe beschäftigt.

Um diese Kosten kompensieren zu können, beantragte unsere Fraktion die Einsichtnahme in die bereits entstandenen Kosten des Architekten und des Rechtsanwaltes. Zudem muss auch die bislang getätigte Arbeit der Verwaltung durch Organisation und Koordination hierbei ihre Berücksichtigung finden. Wir reden hier immerhin und im absolut ungünstigsten Fall von Mehrausgaben in Höhe von 70.000 Euro.

**Derzeitiges Ziel dieser deutlichen Entscheidung des Gemeinderates soll es nun sein, die Innensanierung der Sontheimer Schule mit dem vom Gemeinderat gesteckten Kostenrahmen bis zum 1. August 2021 zum Abschluss bringen zu können.**

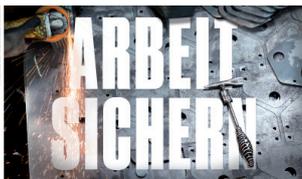


Von MdL Andreas Stoch



# Unser Land braucht neuen Schwung!

Die vergangenen langen Monate haben von uns allen viel gefordert. Trotzdem dürfen wir nicht vergessen, dass unser Land auch nach der Überwindung der Corona-Pandemie vor großen Aufgaben steht. Wir müssen die Modernisierung unserer Wirtschaft vorantreiben und Arbeitsplätze sichern. Ich möchte, dass auch zukünftig Maschinen und Autos hier im Land gebaut werden. Baden-Württemberg muss der Innovationsmotor Deutschlands bleiben, aber dabei dürfen wir die soziale Dimension nicht vergessen. Die SPD steht – gemeinsam mit den Gewerkschaften – für eine gerechte Arbeitsmarktpolitik, mehr Arbeitnehmerschutz und Lohngleichheit.



DAS WICHTIGE JETZT SPD

Ich werde mich auch mit aller Kraft für bezahlbaren Wohnraum einsetzen. Junge Familien brauchen bezahlbare Wohnungen oder Unterstützung beim Hausbau, und ältere Menschen brauchen Sicherheit, dass sie sich ihre Wohnung auch weiterhin leisten können. Die SPD wird in der Regierung dieses dringende Thema anpacken. Denn

der Markt alleine regelt hier gar nichts, wie die letzten Jahre gezeigt haben.



DAS WICHTIGE JETZT SPD

Bildung ist seit jeher unser Kernanliegen. Viele erfolgreiche Bildungskarrieren verdanken sich sozialdemokratischer Politik. Doch es bleibt noch viel zu tun.

Unsere ganz Kleinen brauchen endlich kostentfreie Kitas und damit gute Startbedingungen von Anfang an und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir brauchen gute Schulen mit einer Ausstattung auf der Höhe der Zeit und mit genügend Lehrkräften, damit kein Unterricht mehr ausfallen muss. Unsere Kinder brauchen eine engagiertere Regierung – und die Eltern auch.



DAS WICHTIGE JETZT SPD

**Die SPD brächte dafür den rechten Schwung!**

## Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger aus Sontheim, Brenz und Bergenweiler,

bei der bevorstehenden Landtagswahl am 14. März 2021 können Sie mit darüber entscheiden, wie es politisch in den nächsten fünf Jahren in Baden-Württemberg weitergeht. Bei dieser Wahl bestimmen Sie auch, wer unseren Landkreis Heidenheim zukünftig im Stuttgarter Landtag vertritt. Prüfen Sie bitte deshalb die zur Wahl stehenden Kandidaten auf ihre Aussagen, Erfahrungen und Fähigkeiten ganz genau.

Ohne einen der Kandidaten abwerten zu wollen, möchte ich allerdings betonen, dass der SPD-Kandidat und amtierende **Landtagsabgeordnete Andreas Stoch** der wohl mit Abstand erfahrenste unter allen ist.

Der in Giengen aufgewachsene 51jährige Jurist Stoch war jahrelang engagierter Stadtrat in Heidenheim und ist nach wie vor Mitglied im Kreistag. Seit 2009 vertritt er unseren Kreis im Landtag. Drei Jahre lang hat er von 2013 bis 2016 in der grün-roten Regierung als baden-württembergischer Kultusminister eine allseits anerkannte Arbeit verrichtet.

**Inzwischen ist Andreas Stoch sogar Fraktionsvorsitzender im Landtag und außerdem Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der SPD.**

Für unseren Kreis und unsere Gemeinde ist es ein großer Vorteil, einen so einflussreichen Mann als Vertreter im Landesparlament zu haben. Selbst

der leider früh verstorbene CDU-Landrat Thomas Reinhardt hat mir schon vor Jahren mal versichert, er sei sehr froh darüber, mit Stoch einen sehr engagierten und für unseren Kreis eminent wichtigen Abgeordneten in Stuttgart zu haben.

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger**, ich kenne und schätze Andreas Stoch nun schon seit gut 25 Jahren. Er ist zweifellos ein fleißiger, ehrlicher, verlässlicher, rhetorisch gewandter und blitzgescheiter Politiker, der erfreulicherweise immer seine Bürgernähe und Bodenständigkeit bewahrt hat. Immer wieder hat er sich hautnah mit den Belangen seiner Mitmenschen beschäftigt. Er hat sich nicht nur berichten lassen, sondern auch mal Gummistiefel oder Schürze angezogen und einen Tag lang in verschiedenen Berufsfeldern wirklich mit den Bürgern vor Ort gearbeitet.

Mit unserer Gemeinde ist er übrigens besonders verbunden, weil er durch seine Frau enge familiäre Beziehungen zu Sontheim hat. Deshalb kommt der „Andi“ (wie ihn seine Bekannten nennen) auch häufig und gern in unsere Gemeinde.

Es wäre schön und würde mich sehr freuen, wenn viele von Ihnen Andreas Stoch bei der Landtagswahl am 14. März ihr Vertrauen schenken würden.

**Ihr ehemaliger Gemeinde- und Kreisrat  
Willi Häfele**



### Herzlichen Dank

sagen die Blättlesredaktion und der SPD-Ortsverein allen Spenderinnen und Spendern, die **d's andre blättle** immer wieder finanziell unterstützen. Damit sichern sie den Fortbestand dieser kleinen örtlichen Zeitung und tragen zur demokratischen Meinungsvielfalt in unserer Gemeinde bei.

Spendenkonto: KSK Heidenheim  
IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

d's andre blättle

Spendenkonto: KSK Heidenheim  
IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

Verantwortlich: Corina Koller  
Günther Neumann  
Redaktionsanschrift: Württembergstr. 8  
89567 Sontheim  
corinafranz@yahoo.de

Herausgeber:  
SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz  
Lange Str. 22  
89567 Sontheim

Herstellung:  
Layout: Günther Neumann  
Druckerei: Benz, Giengen/Brenz  
Auflage: 2.200

SPD  
www.spd.de